

Staatsbürger des reichsverfassungsrechtlichen
Staates Deutsches Reich
Emil Paul Gustav Mustermann
Reichsstraße 1
W-1000 Berlin-Charlottenburg
[10557 Berlin]

Emil Paul Gustav Mustermann Reichsstraße 1
W-1000 Berlin-Charlottenburg [10557Berlin]

Musterschreiben 4

Einschreiben-Rückschein
US Department of Justice
Secretary of State
950 Pennsylvania Avenue NW
Washington D. C. 20530-0001 USA

Ihr Zeichen
AC 3604, German Branch

Ihre Nachricht vom
2001, 22 June

Mein Geschäftszeichen

Datum

Betrifft: Strafanzeige aus Rechtsschutzbedürfnissen meiner Person als in Personalunion Staatsbürger des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich und Landeseinwohner des Reichslandes Freistaat Preußen und Provinzialeinwohner der Provinz Stadtgemeinde Berlin gegen den *Vollstreckungsbediensteten* Herrn XY und den *Vorsteher des Finanzamtes Strausberg bei Berlin* Herrn YZ

Sehr geehrter Herr Secretary of Justice,

wie es Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein wird, wurde durch Artikel I § 1 der Staat Deutsches Reich mit seinen 17 Reichsländern, Provinzen, Gauen, Städten, Kommunen und Gemeinden mit dem SHUEG-Gesetz Nr. 52 vom 13. 02. 1944 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausgabe U S. 24 ff) in Einvernehmlichkeit mit denen im SHUEG-Gesetz Nr. 3 aufgeführten Staaten durch die USA am 09. 05. 1945 in den Grenzen vom 31. 12. 1937 beschlagnahmt, war und ist der Staat Deutsches Reich mit der *Bundesrepublik Deutschland* da es weder einen *Alleinvertretungsanspruch* noch eine *laufende Rechtsprechung* gibt nicht identisch, sondern in Verbindung mit dem „Punkt 6“ der „Präambel“ und den „*Artikeln 2 und 4*“ des „*Übereinkommens zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin*“ vom 25. 09. 1990 [BGBl. II S. 1274 ff] bis zum Friedensvertrag mit dem reichsverfassungsrechtlichen Staate Deutsches Reich, den Deutschland und damit der reichsverfassungsrechtlichen Staat Deutsches Reich nicht hat, nicht nur weiterhin beschlagnahmt, sondern bis zum Friedensvertrag eine Kolonie der USA.

Wie es Ihrer Aufmerksamkeit ebenfalls nicht entgangen ist haben die USA am 17. Juli 1990 in Paris, vertreten durch den US Außenminister James Baker, auf der Rechtsgrundlage des Genehmigungsschreibens zur ausschließlichen Geltung des *Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland* vom 12. 05. 1949 (WBBl. brit. Zone S. 416 ff), den *Artikel 23* des *Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland* gestrichen und ist mit der Streichung des *Artikels 23* durch die USA und nicht durch die *Bundesrepublik Deutschland* am 31. August 1990 in *Bonn*, die gesamte *Bundesrepublik Deutschland* handlungsunfähig untergegangen und auf der Rechtsgrundlage des durch die *Bundesrepublik Deutschland* unveränderbaren und durch die Alliierten zum 22. 05. 1949 bereinigt geltenden Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (RBBl. S. 583) in Verbindung mit der durch das gesamte Deutsche Volk in freier Selbstbestimmung gewählt geltenden Reichsverfassung vom 11. 08. 1919 (RBBl. S. 1383 ff) im Gegensatz zum seit dem 18. 07. 1990 nicht mehr geltenden *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*,

mit dem 18. Juli 1990 wieder ein Staatsbürger des reichsverfassungsrechtlichen Staates Deutsches Reich und **kein** Bürger der in Paris handlungsunfähig untergegangenen *Bundesrepublik Deutschland*.

Diesen Völker-, Kriegs-, Befatzungs-, Reichsstaats-, Reichsländerverfassungs- und Menschenrechtsnormen widerspricht das aus *politisch eigennützig* und *privat habgierig motivierten Gründen* praktizierte Handeln des *Vollstreckungsbediensteten* und des *Vorstehers* des *Finanzamtes Strausberg bei Berlin*, wie Sie dem anliegenden Schreiben entnehmen können.

Zur Wiederherstellung meiner mir reichsstaats-, reichsländer-, provinzial-, kommunalverfassungs- und menschenrechtlich garantierten und dennoch durch das für und gegen meine Person als Staatsbürger des Deutschen Reiches sachlich unzuständige und rechtliche unzulässige *Finanzamt Strausberg in Brandenburg* eines den gesetzlichen Bestimmungen des „1. Londoner Protokolls“ vom 12. 09. 1944, reichsstaats-, reichsländer-, provinzial- und kommunalverfassungsrechtlich unexistenten *Bundeslandes Brandenburg* verfassungs- und menschenrechtswidrig durch Negierung der geltenden Reichsverfassung und Landesverfassung des Reichslandes Freistaat Preußen geraubten Menschenwürde und Menschenrechte, stelle ich gegen den *Vollstreckungsbediensteten* Herrn XY und den *Vorsteher* des *Finanzamtes Strausberg bei Berlin*

A wegen terroristischer Handlungen gegen die Interessen der USA, die die Wiedererstehung des militärisch neutralen Staates Deutsches Reich mit Wirkung zum 08. 05. 1985 und die Wiedererstehung der 17 Reichsländer mit Wirkung zum 25. 02. 1987 angeordnet haben wie

B wegen Reichsverfassungshochverrat und Reichsländerverfassungsverrat gegen den *Vollstreckungsbediensteten* Herrn XY und gegen den *Vorsteher* Herrn YZ des *Finanzamtes Strausberg in Brandenburg* wegen deren vorsätzliche Negierung der Reichsverfassung durch ungesetzliche Anwendung des erloschenen *Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland* und deren vorsätzliche Negierung der Landesverfassung des Reichslandes Freistaat Preußen durch ungesetzliche Anwendung einer *Verfassung* eines unexistenten *Bundeslandes Brandenburg* am gesamten Deutschen Volk praktizierten Hoch- und Landesverrats, gemäß der gesetzlichen Bestimmungen des durch die Alliierten zum 22. Mai 1949 bereinigten, seitens der Kommissarischen Reichsregierung geänderten und durch die Alliierten mit Wirkung zum 08. 05. 1985 genehmigt geltenden reichsrechtlichen Strafgesetzbuches, unter Beachtung des Tatbestandes, daß es bis zum Friedensvertrag mit dem handlungsfähigen reichsverfassungsrechtlichen Staat Deutsches Reich **keine** Verjährungs-, Verwirkungs- oder sonstigen Hemmungsfristen gibt, gegen den *Vollstreckungsbediensteten* Herrn XY und den *Vorsteher* Herrn YZ des *Finanzamtes Strausberg in Brandenburg* hiermit beim US Department of Justice rechtsverbindlich Strafanzeige.

Hochachtungsvoll